

Bundesverband Onlinehandel

Förderung statt Regulierung des Onlinehandels gefordert

Montag, 21.12.2020

Der Bundesverband Onlinehandel (BVOH) wehrt sich gegen Regulierungsforderungen aus der Politik: Mit großem Unverständnis habe man am Wochenende vernehmen müssen, dass Politiker der CDU erneut eine Regulierung des Onlinehandels fordern.

Leider zeigen diese Einschätzungen zum Onlinehandel laut BVOH wieder einmal, wie falsch die Politik die Lage einschätzt. Über die Hälfte aller Online-Bestellungen werden von Klein- und Mittelständischen Unternehmen (KMU) verarbeitet. In Deutschland sorgen ca. 160.000 gewerbliche Unternehmen dafür, dass die Verbraucher in diesen herausfordernden Zeiten, die Produkte erhalten, die sie sich wünschen bzw. benötigen. Zusätzlich kaufen viele Unternehmen der Dienstleistungsbranche und kleinere Produktionsunternehmen bei diesen KMU-Händlern ein.

Onlinehandel ist nicht gleich Amazon

Diese Onlinehandel-Unternehmen, die in ganz Deutschland verteilt für Arbeitsplätze und Ausbildung sorgen, zahlen ihre Steuern und stützen die regionale Gesellschaft. Eine aktuell laufende Studie zum Onlinehandel zeigt, dass alleine bei KMU-Onlinehändlern über 1,7 Millionen Beschäftigte tätig sind und in diesem Jahr über 250.000 neue Mitarbeiter eingestellt wurden.

Es wäre laut BVOH daher stark zu begrüßen, dass alle Politiker, insbesondere der CDU und Die Grünen, verstehen würden, dass Onlinehandel nicht gleich Amazon ist. Über 50% der Bestellungen auf Amazon gehen an KMU-Händler, die über Amazon verkaufen. Onlinehandel ist viel mehr und Onlinehandel halte das gesellschaftliche System aktuell am Laufen. Die KMU-Händler nutzen Marktplätze wie Amazon, Check24, eBay, ManoMano, Otto.de, real.de, Zalando und andere, damit die Bürgerinnen und Bürger die gewünschten Produkte finden und zu einem wettbewerbsfähigen Preis einkaufen können.

Präsident Oliver Prothmann meint dazu: „Bereits 2016 hat der damalige Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) versucht, ein Verbot von Online-Apotheken zu erwirken. Immer wieder kommt aus der Politik und hier insbesondere der CDU und Die Grünen der Gedanke, den Onlinehandel zu regulieren und mit weiteren Abgaben zu belegen. Die Gründe dafür sind die Wahrung des Besitzstandes des stationären Handels sowie fehlender Steuerzahlungen. Zum Glück gab es Zeiten in der Politik, da hat man nicht erfolgreich den Besitzstand bewahrt, sonst würden wir immer noch in Kutschen reisen, Kerzen würden Licht bringen, das Telefon hätte ein Kabel und Filme schaut man in einem der drei Fernsehprogramme. Subventionen in auslaufende Geschäftsmodelle, wie wir es aus der Stahlindustrie und Kohleabbau kennen, verzögern die Erneuerung des Handels, aber sorgen nicht dafür, dass es gesundet.“

Bezüglich fehlender Steuereinnahmen sei klar festzustellen, dass alle Unternehmen den steuerlichen Rahmenbedingungen folgen, die die Regierung vorgibt. Es sei der Regierung möglich gewesen, über eine Digitalsteuer große Online-Konzerne zusätzlich zu besteuern, wie es im europäischen Ausland bereits umgesetzt wird. Dies habe die Bundesregierung, die aktuell nach weiteren Steuern ruft, verhindert.

Förderung statt Regulierung des Onlinehandels gefordert

Links

- [Bundesverband Onlinehandel](#)